

"Stunde der Wahrheit" in Arbeiter-Zeitung (21. Dezember 1969)

Legende: Am 21. Dezember 1969 kommentiert die österreichische sozialistische Arbeiter-Zeitung die Sitzungen zwischen den österreichischen Delegationen und den Vertretern der Europäischen Gemeinschaften und unterstreicht die Bedeutung einer Annäherung zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Quelle: Arbeiter-Zeitung. 21.12.1969, n° 295. Wien.

Urheberrecht: (c) Arbeiter Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"stunde_der_wahrheit"_in_arbeiter_zeitung_21_dezember_1969-de-508b2d61-29fe-481d-ac8d-0e9ffe9d7b11.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Stunde der Wahrheit

Von Friedrich Scheu

Die erste Runde der neuen Kontaktgespräche in Brüssel zwischen Vertretern Österreichs und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist zu Ende. Sie hat gezeigt, wie wenig von den früheren Illusionen der ÖVP-Regierung übriggeblieben ist. Die Stunde der Wahrheit ist jetzt da. Was jetzt angestrebt wird, ist ein einfacher Handels- und Zollbegünstigungsvertrag Österreichs mit der EWG.

Auf einen solchen Vertrag hinzuarbeiten, hatte der sozialistische Parteivorsitzende Dr. Kreisky schon vor langer Zeit empfohlen. Bekanntlich ist die Schwierigkeit bei Zollverträgen die sogenannte Meistbegünstigungsklausel des Welthandelsabkommens GATT. Diese Klausel besagt, daß Zollermäßigungen, die einem Staat gewährt werden, auch allen anderen Mitgliedern des Welthandelsabkommens zugestanden werden müssen. Aber es gibt eine Ausnahme für jene Staaten, die später eine vollständige Zollunion miteinander eingehen wollen.

Es scheint nun die Absicht zu sein, diese Formel zu benützen, so wie es Dr. Kreisky seinerzeit vorgeschlagen hat. Die Verständigung mit der EWG soll jetzt offenbar in zwei Stufen erfolgen, wobei die zweite Stufe, die Endstufe, jedenfalls eine Zollunion enthalten müßte. Diese würde aber erst in einigen Jahren erreicht werden. Die erste Stufe, das sogenannte Interimsabkommen (Zwischenabkommen), soll womöglich schon in einigen Monaten abgeschlossen werden und eine gegenseitige Herabsetzung der Industriezölle zwischen Österreich und der EWG zum Inhalt haben, nach österreichischer Absicht etwa um 40 Prozent.

Durch die Ankündigung der zukünftigen Zollunion wäre es überflüssig, von den Mitgliedstaaten des GATT einen Verzicht (mit dem englischen Ausdruck einen „Waiver“) auf die Meistbegünstigung zu verlangen. Amerika scheint sich vor einigen Tagen geweigert zu haben, eine solche Verzichtserklärung für die Ausfuhr von Zitrusfrüchten aus Spanien und Israel in die EWG zuzugestehen.

Wie es heißt, waren aber die EWG-Vertreter mit einer solchen 40prozentigen Herabsetzung der Industriezölle nicht einverstanden. Sie wollen höchstens 30 Prozent zugestehen, wenn Österreich nicht auch gleichzeitig eine wirtschaftliche Angleichung an die EWG-Länder vornimmt, vor allem die Außenzölle mit der EWG „harmonisiert“. Das bedeutet, daß Österreich die gleichen Zölle wie die EWG gegen andere Staaten errichten müßte. Nun besteht zwischen Österreich, das Mitglied der EFTA ist, und den anderen EFTA-Staaten (England, Schweiz, Skandinavien) bereits Zollfreiheit auf industriellem Gebiet. Es wäre höchst unklug, wenn Österreich diesen Vorteil wieder aufgeben würde.

Man kann, wie es in einem alten Sprichwort heißt, nicht gleichzeitig auf zwei Kirtagen tanzen. Es hat keinen Sinn für Österreich, aus der EFTA auszutreten, um nur ja noch knapp vor den anderen EFTA-Ländern zu einem Übereinkommen mit der EWG zu gelangen. Es hat aber auch keinen Sinn, zuzulassen, daß die anderen EFTA-Länder uns in die EWG davonlaufen. Da die Verhandlungen mit England und den anderen „beitrittswerbenden“ EFTA-Staaten über deren Eintritt in die EWG ungefähr zur selben Zeit zur Reife kommen dürften wie die „Endstufe“ für Österreich, wäre es am besten, wenn die Verträge der EWG mit den anderen EFTA-Staaten und die „Endstufe“ mit Österreich zu gleicher Zeit Wirksamkeit erlangen.

Es gibt noch andere Schwierigkeiten. Österreich ist daran interessiert, daß nicht nur die Industriezölle der EWG herabgesetzt werden, sondern auch ihre landwirtschaftlichen „Abschöpfungsbeträge“, die eine ähnliche Wirkung haben wie Zölle. Dagegen gibt es aber in der EWG starke Widerstände. Und dann gibt es die „Ausgleichsteuern“ in Österreich und ähnliche Einrichtungen in manchen EWG-Ländern, die zwar offiziell innere Steuern auf die aus dem Ausland kommenden Waren sind, um die Umsatzsteuern auf inländische Erzeugnisse und die Exportprämien der ausländischen Staaten auszugleichen, die aber auch die Wirkung von Ersatzzöllen haben. Auch über diese wird man reden müssen.

Man sieht überhaupt, wie vielfach die Widerstände sind. Da war einmal der Widerstand der Sowjetunion, die in der Beurteilung der österreichischen Neutralität nichts mitzureden hat, wohl aber in der Auslegung des

Staatsvertrages. Dann gab es den Widerstand Italiens (wegen Südtirol) und Frankreichs (wegen de Gaulles Abneigung gegen England). Jetzt, wo es sich um einen Zollbegünstigungsvertrag handelt und die politischen Widerstände in den Hintergrund treten, kommt das Problem der GATT-Länder. Wenn man auch dieses Hindernis überwindet, kommen erst die echten wirtschaftlichen Widerstände in den EWG-Ländern selbst und in Österreich.

Denn man kann sicher sein, daß nicht nur die von einer möglichen österreichischen Konkurrenz betroffenen Interessen in den EWG-Ländern gegen die Begünstigungen für Österreich Widerstand leisten werden, sondern auch jene österreichischen Kreise, die von der Ermäßigung der österreichischen Zölle verstärkte ausländische Konkurrenz befürchten. Das sind vielfach die gleichen Kreise, die früher jede wirtschaftliche Umstellung und Modernisierung mit der Begründung abgelehnt haben, man müsse ohnedies erst auf die Mitgliedschaft Österreichs in der EWG warten, und vorher könne man nichts tun. Für sie war die EWG der berühmte Komet, der nächstes Jahr kommt und jede vorherige Tätigkeit zwecklos macht. Für sie war in Wirklichkeit die EWG keine Hoffnung, sondern eine Ausrede.

Aber jetzt scheinen sich die Schleier zu lüften, und man kann mit einiger Wahrscheinlichkeit erkennen, woran wir sind. Es wird neue Ausfuhrmöglichkeiten geben, aber auch die österreichischen Schutzzölle werden sinken und allmählich verschwinden. Die österreichische Wirtschaft wird so werden müssen, wie es jetzt Österreichs beste Betriebe sind. Sie wird sich modernisieren und auf die neue Situation umstellen müssen. Sie wird in einem anderen Geist geführt werden müssen, als es unter der Alleinregierung der ÖVP der Fall war.